
Fast sechs Millionen Euro-5-Diesel bedrohen den Autohandel

Angesichts der hohen Kostenbelastung durch viele hunderttausend Euro 5-Diesel braucht der Automobilhandel die Hardware-Nachrüstung für ältere Dieselfahrzeuge. Das erklärte heute ZDK-Präsident Jürgen Karpinski Bundesumweltministerin Svenja Schulze und dem hessischen SPD-Vorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel bei „AutoSchmitt“ in Frankfurt. In seinem Autohaus stellte Karpinski das Nachrüstsysteem der Firma Baumot mit SCR-Katalysator und Harnstoffeinspritzung vor. Ein damit ausgerüsteter Euro-5-Passat erreicht bessere Werte als ein Euro 6-Fahrzeug

Die Nachrüstung volumenstarker Bestandsflotten unter den 5,6 Millionen Euro 5-Diesel-Pkw ist nach Ansicht von ZDK-Präsident Karpinski möglich und dringend notwendig. Denn im Autohandel gibt es – laut ZDK – immer noch einen Bestand von mehr als 300 000 Euro-5-Diesel-Pkw, die einen Wert von rund 4,5 Milliarden Euro darstellen und zurzeit nur mit hohen Abschlägen zu verkaufen sind. Dabei sind die Standkosten, die pro Tag und Fahrzeug bei 28 Euro liegen, nicht eingerechnet. Diesel-Pkw stehen laut DAT aktuell durchschnittlich 106 Tage beim Händler.

Hinzu kommen Leasing-Rüchläufer, die weitere Verluste im dreistelligen Millionen-Euro-Bereich befürchten lassen. Das ergibt eine Modellrechnung des ZDK, nach der in den Monaten Mai bis August 2015 rund 73 400 Euro 5-Diesel verleast wurden. Die kommen jetzt nach der üblichen dreijährigen Leasingdauer in den Handel zurück. Bei einem durchschnittlichen Gebrauchtwagenpreis von 15 110 Euro (laut DAT im Jahr 2017) haben diese Fahrzeuge einen Wert von rund 1,1 Milliarden Euro. „Bei realistischen Abschlägen von 30 Prozent muss der Handel zwischen Mai und August dieses Jahres mit Verlusten in Höhe von rund 330 Millionen Euro rechnen“, so Karpinski. „Diese Situation trifft mittelständische Betriebe, die sich dadurch teilweise existenziell bedroht sehen.“

Um vor allem die Euro-5-Diesel im Wert zu stabilisieren, fordert der ZDK seit Mai 2017 die Hardware-Nachrüstung dieser Fahrzeuge. „Wer sein älteres Diesel-Fahrzeug mit Hardware freiwillig sauberer machen will, sollte dafür auf eine rechtssichere Regelung zurückgreifen können und von Fahrverboten verschont bleiben“, so Karpinski. „Nur dann werden Dieselfahrzeuge mit ihrem sparsamen und klimafreundlichen Antrieb wieder werthaltig. Und so werden Dieselbesitzer, gewerbliche Flottenbetreiber und die besonders betroffenen kleinen und mittelständischen Autohäuser aus einer ansonsten ausweglosen Situation befreit.“

Der ZDK würde die Schaffung eines finanziellen Anreizes für die Fahrzeugbesitzer durch ein öffentliches Förderprogramm wie seinerzeit beim Rußpartikelfilter begrüßen. Dazu sollten nach Meinung des ZDK auch die Fahrzeughersteller ihren Beitrag leisten, wie das bereits beim kommunalen Unterstützungsfonds geschehe. (ampnet/Sm)

Bilder zum Artikel



Bundesumweltministerin Svenja Schulze und der hessische SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel im Gespräch mit ZDK-Präsident Jürgen Karpinski (li.) und ZDK-Vizepräsident Thomas Peckruhn (re.).

Foto: Auto-Medienportal.Net/ProMotor
